

Newsletter aus Brüssel

25.7.2016, Ausgabe 18
IG Metall Verbindungsbüro



Inhalt

- [EU-Kommission verabschiedet Strategie zur CO2-Reduktion im Straßenverkehr](#)
- [Stahl-Demonstration in Brüssel: IG Metaller setzen klares Zeichen gegen Dumping](#)
- [EWSA: Starker Appell zum Erhalt europäischer Schlüsselindustrien](#)
- [Sozialdumping in der EU bekämpfen](#)

EU-Kommission verabschiedet Strategie zur CO2-Reduktion im Straßenverkehr

Die EU-Kommission verabschiedete am 20. Juli 2016 eine Mitteilung zur CO2-Reduktion im Straßenverkehr. Der Verbrennungsmotor soll allmählich durch alternative Techniken ersetzt werden.

In ihrer Mitteilung "Eine europäische Strategie für emissionsarme Mobilität" legt die EU-Kommission den Schwerpunkt auf einen ganzheitlichen Ansatz zur Dekarbonisierung des Verkehrssektors. So beinhaltet ihr Vorschlag neben Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz des Verkehrssystems auch eine breite Kraftstoffstrategie mit der Förderung von Bio- und synthetischen Kraftstoffen sowie die Förderung der Elektrifizierung des Verkehrs. In diesem Zusammenhang spricht sich die Kommission dafür aus, den Verbrennungsmotor mit verbesserter Technik für weniger Emissionen mittelfristig als Hauptträger der Mobilität beizubehalten. Der Übergang zu Niedrigst- und Null-Emissionsfahrzeugen müsse allerdings verstärkt betrieben werden. In ihrer Strategie benennt die Kommission auch eine breite Palette von Maßnahmen in den Bereichen Forschung und Innovation, die den Übergang zu einer CO2-armen Wirtschaft in Europa unterstützen sollen. Des Weiteren hebt sie hervor, dass die Verkehrsbranche ein wichtiger Arbeitgeber darstellt. Im Rahmen der Europäischen Agenda für neue Kompetenzen sollen ArbeitnehmerInnen dabei unterstützt werden, die für den technologischen Übergang zu emissionsarmer Mobilität notwendigen Fähigkeiten zu erlangen.

Mit ihrer Strategie stützt sich die Kommission auf bestehende europäische Mechanismen und Fonds. Der "Juncker-Plan" soll hierbei eine wichtige Rolle spielen.

- [Mitteilung der EU-Kommission: Eine europäische Strategie für emissionsarme Mobilität](#)
 - [Presseerklärung der EU-Kommission](#)
-

Stahl-Demonstration in Brüssel: IG Metaller setzen klares Zeichen gegen Dumping

Am 20. Juli 2016 haben IG Metaller aus dem Stahlsektor in Brüssel Präsenz gezeigt und für den Erhalt ihrer Branche demonstriert.

Rund 120 IG Metaller aus Betrieben der Stahlbranche haben sich am 20. Juli 2016 vor der EU-Kommission versammelt, um vor den Entscheidungsträgern in Brüssel ein starkes Signal für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze zu setzen. Anlass der Demonstration war die zweite "Orientierungsdebatte" der EU-Kommissare zum Marktwirtschaftsstatus Chinas. Die europäische Stahlbranche leidet insbesondere unter Überkapazitäten und wettbewerbsverzerrenden Dumping-Praktiken des weltweit größten Stahl-Herstellers China. Bislang nutzte die EU-Kommission die Möglichkeit einer Sonderbehandlung Chinas im WTO-Rahmen bei der Verhängung von Antidumpingmaßnahmen. Im Dezember 2016 laufen einige der zugrunde liegenden Sondereinbarungen aus, weshalb nach einer Nachfolgeregelung gesucht wird. Aller Voraussicht nach wird es einen nicht-länderspezifischen Ansatz geben, der einen starken Handelsschutz erlaubt, ohne WTO-Regeln zu verletzen. Basis einer "Nicht-Standardmethode" sollen nicht (verzerrte) chinesische, sondern internationale Preise sein. Die Kommission will bis Ende 2016 einen konkreten Vorschlag für eine neue Regulierung vorlegen. Gleichzeitig forderte sie die Mitgliedstaaten auf, ihre Blockadehaltung zur Reform der Handelsabwehrinstrumente aufzugeben.

EWSA: Starker Appell zum Erhalt europäischer Schlüsselindustrien

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) mahnt die Dringlichkeit von EU-Reformen handelsrechtlicher Schutzinstrumente gegen Dumping an. Am 14. Juli 2016 verabschiedete das Plenum zwei Stellungnahmen zum Erhalt der europäischen Stahlindustrie und zum möglichen Marktwirtschaftsstatus für China.

Im Vorfeld der Debatte der EU-Kommission zur Zukunft der europäischen Stahlindustrie am 20. Juli 2016 hatte das Plenum des EWSA mit breiter Mehrheit die EU-Kommission sowie die Mitgliedstaaten dazu aufgefordert, umgehend faire Wettbewerbsbedingungen für die Stahlindustrie zu schaffen. In seiner Stellungnahme zu "Auswirkungen der möglichen Gewährung des Marktwirtschaftsstatus für China auf Schlüsselindustrien" betont der Ausschuss die ernsthafte Gefährdung der Industriestruktur in der EU sowie weiterer Arbeitsplätze betroffener Branchen im Falle der Anerkennung Chinas als Marktwirtschaft unter den derzeitigen Bedingungen. Entsprechend fordern die EWSA-Mitglieder die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, ein wirksames Handelsabwehrinstrumentarium zu erhalten. In einer weiteren Stellungnahme zur "Erhaltung von dauerhaften Arbeitsplätzen und nachhaltigem Wachstum in Europa" in Hinblick auf die Stahlindustrie fordert der EWSA die EU-Organe dazu auf, der Sicherstellung gleicher Wettbewerbsbedingungen für die Stahlindustrie oberste Priorität einzuräumen. Hierzu sollte die Kommission die Wirksamkeit und Effizienz der bestehenden handelspolitischen Schutzinstrumente deutlich steigern und beschleunigen, um umgehend gegen unlautere Handelspraktiken vorgehen und gleiche Wettbewerbsbedingungen wiederherstellen zu können. Der EWSA appelliert ebenfalls an die EU-Mitgliedstaaten, die Modernisierung der EU-Handelsschutzinstrumente nicht weiter zu verzögern sondern zügig zum Abschluss zu bringen.

- [EWSA-Stellungnahmen](#)

Sozialdumping in der EU bekämpfen

Der Beschäftigungsausschuss des EU-Parlaments hat am 13. Juli 2016 einen Bericht gegen Sozialdumping in der EU verabschiedet. Die IG Metall begrüßt das Abstimmungsergebnis.

Schwarzarbeit, Scheinselbständigkeit, Unterauftragsvergabe und die Umgehung von Arbeitsstandards und Sozialversicherungsabgaben nehmen derzeit in ganz Europa zu. Die Folgen dieses negativen Trends sind u.a. prekäre und unfaire Beschäftigungsverhältnisse sowie eine Verschlechterung des Arbeitnehmerschutzes. Die Europa-abgeordneten des Beschäftigungsausschusses fordern daher in ihrem am 13. Juli 2016 verabschiedeten Initiativbericht EU-weite Maßnahmen gegen Sozialdumping. Um bei vermuteten Fällen von Sozialdumping grenzüberschreitend effektiv ermitteln zu können, fordern sie eine europäische Einrichtung zur Arbeitsinspektion außerdem verlangen sie ein öffentliches Verzeichnis von Unternehmen, denen schwere Rechtsverstöße, wie Schwarzarbeit, nachgewiesen werden. Die Abgeordneten betonen den Grundsatz "gleiches Entgelt und gleicher sozialer Schutz für gleiche Arbeit". In ein anderes EU-Land entsandte ArbeitnehmerInnen sollten demnach dasselbe Entgelt wie ein vor Ort angestellter Arbeitnehmer in einer ähnlichen Situation erhalten. Zur rechtlichen Untermauerung dieses Grundsatzes halten die Abgeordneten ein Sozialprotokoll für erforderlich, das den Vorrang der sozialen Rechte vor den wirtschaftlichen Freiheiten sicherstellt. Weiterhin fordern sie die Kommission auf, die Sozialpartner zu konsultieren,

um unter Wahrung der nationalen Sozialsysteme Lohnuntergrenzen festzulegen. Diese könnten in bestimmten grenzübergreifenden Sektoren die Form von Mindestlöhnen annehmen.

Die IG Metall begrüßt die Initiative des Beschäftigungsausschusses und fordert eine Annahme des Berichts durch das Plenum des Europäischen Parlaments. EU-weit geltende Mindestlöhne in bestimmten Sektoren können ein wichtiger Schritt sein, um prekäre Beschäftigung und Sozialdumping zu bekämpfen. Generell gilt es, regulatorische und rechtliche Klarheit sowie soziale Fairness auf den europäischen Arbeitsmärkten herzustellen. Die IG Metall bekräftigt daher den Grundsatz: Gleiche Löhne und gleiche Rechte für gleichwertige Arbeit am gleichen Ort. Sie begrüßt außerdem die Forderung der Abgeordneten nach einem Sozialprotokoll. Die sozialen Grundrechte, wie sie die Grundrechtecharta im Vertrag von Lissabon festlegt, müssen endlich Vorrang vor den wirtschaftlichen Freiheiten haben. Eine "Soziale Fortschrittsklausel" für die EU sollte deshalb Bestandteil der europäischen Verträge sein.

Debatte und Abstimmung im Plenum über den Bericht gegen Sozialdumping finden voraussichtlich Mitte September 2016 statt.

Herausgeber: IG Metall Vorstand
V.i.S.d.P.: Wolfgang Lemb
Verbindungsbüro Brüssel *EU Liaison Office*
International Trade Union House, Boulevard du Roi Albert II, 5, B-1210 Brussels
Tel: +32 2 218 33-20 **E-Mail:** newsletter-bruessel@igmetall.de



[Newsletter bestellen](#) [Newsletter abbestellen](#)

IG Metall Vorstand